

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.
S C H W E R I N

.....
Dezember 2018

Beratungen zum neuen Doppelhaushalt 2019/2020 abgeschlossen

47-mal wurde der knapp 1.800 Seiten starke Haushaltsplanentwurf von Oberbürgermeister Dr. Badenschier in der Stadtvertretung, den Fachausschüssen und den Ortsbeiräten in den letzten Wochen beraten. Auch diesmal übersteigen die Ausgaben die Einnahmen deutlich. Erneut wird deutlich, dass es sich um ein strukturelles Defizit handelt, welches das Stadtoberhaupt unabhängig vom jeweiligen Parteibuch nicht aus eigener Kraft ausgleichen kann.

Fraktionschef Henning Foerster erinnerte daher an die polemischen Debatten früherer Jahre. Vor allem die SPD war es, die seinerzeit von griechischen Verhältnissen in der Landeshauptstadt fabulierte. Nun selbst in der Verantwortung ist sie auf dem harten Boden der Realität gelandet. Denn nun zeigt sich, dass alle Maßnahmen der letzten Jahre, ob Steuer- oder Gebührenerhöhungen, die Reduzierung oder das Einfrieren von Zuschüssen sowie eine eher zurückhaltende Personalpolitik am Ende nicht ausgereicht haben.

Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Zum einen werden immer wieder Aufgaben von Bund und Land an die Kommunen übertragen, ohne die für deren Erfüllung notwendige Finanzausstattung mitzuliefern. Des Weiteren hat das Land sein Versprechen, die nach der letzten Kreisgebietsreform kreisfrei gebliebene Landeshauptstadt Schwerin finanziell besser auszustatten bis heute nicht eingelöst. Und schließlich fehlt es immer noch an Wirtschaftskraft, was sich an den immer noch eher bescheidenen Gewerbesteuererträgen im Vergleich zu Städten ähnlicher Größe, vor allem in Westdeutschland ablesen lässt.

Im Wissen um diese Probleme hat sich die Linksfraktion nicht in die Schmollecke zurückgezogen, sondern trotz schwieriger Haushaltslage versucht, eigene Akzente zu setzen. So soll der schon für 2019 erhöhte Zuschuss des Zoos 2020 dynamisiert werden. Die Stadtteilarbeit im Schweriner Süden wird trotz Wegfall eines Bundesprojektes auch in den kommenden zwei Jahren unterstützt. Das Mueßer Holz wird einen neuen, professionell geführten Jugendtreff bekommen. Das Tarifsystem der Schwimmhalle wird benutzerfreundlicher gestaltet. Das Filmkunstfest und die Musik- und Kunstschule Ataraxia erhalten nach jahrelanger Pause wieder leicht erhöhte Zuschüsse. Es werden Mittel für die Digitalisierung an den Schweriner Schulen und die Planungen für das Stadtteilzentrum in Lankow bereitgestellt.

Angesichts der aktuellen Niedrigzinsphase ist es richtig, jetzt zu investieren, betonte auch der Finanzexperte der Linksfraktion Stefan Schmidt. Es gebe an vielen Stellen Nachholbedarfe. Entspannung für den Haushalt könnten die Vereinbarungen aus dem Theaterpakt bringen. Auch die geplante Novelle des Finanzausgleichgesetzes wäre eine Stellschraube, um die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Schwerin zu verbessern.

Und nicht zuletzt wäre es angezeigt, die Verteilung der Mittel für die Integration von Flüchtlingen dahingehend anzupassen, dass die Masse der dafür zur Verfügung stehenden Gelder auch dorthin gelangt, wo die eigentliche Integrationsarbeit geleistet wird, also in die Kassen der Kommunen.

Beiträge für den Straßenausbau werden ausgesetzt

Die Freude war zunächst groß. Monatelange Proteste von Bürgerinitiativen im ganzen Land, zehntausende Unterschriften und Aufforderungen von kommunalen Parlamenten an die Landesregierung haben die GROKO aus SPD und CDU im Land letztlich zum Einlenken bewegt. Gerd Böttger dankte in der Debatte folgerichtig den handelnden Personen und bemerkte zu Recht, dass eine der Keimzellen dieser Protestbewegung in Schwerin lag.

Bei aller Freude über die Abschaffung der Ausbaubeiträge ab dem Jahr 2020 müsse nun jedoch zügig an rechtssicheren Übergangsbestimmungen gearbeitet werden. Anders als in Thü-

ringen gibt es in M-V derzeit kein Moratorium, welches die Beitragspflicht landesseitig außer Kraft setzt. Es wäre jedoch ein Anachronismus, wenn in der Folge ausgerechnet diejenigen Betroffenen, die mit ihrem Einsatz die Gesetzesänderung erzwungen haben, nun die letzten wären, die noch zur Mitfinanzierung von Straßenbaumaßnahmen herangezogen würden.

Die vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden verlangte, öffentliche Erklärung gab dann der Oberbürgermeister für die Verwaltung ab. Derzeit verschicke die Landeshauptstadt Schwerin keine neuen Gebührenbescheide. Er hoffe auf eine zügige Regelung durch die Landesebene.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?

Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de

Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Schwerin soll Hochschulstandort werden

Wenn im kommenden Jahr Kommunalwahlen sind, werden die Jugendlichen dieser Stadt zum wiederholten Male eine Frage stellen. Warum hat Schwerin keine eigene Hochschule?

Zwar gibt es das zarte Pflänzchen der privaten Vitruvius Designschule sowie der ebenfalls privaten Fachhochschule des Mittelstandes. Und auch die Hochschule der Bundesagentur für Arbeit soll nicht vergessen werden. Diese sorgen aktuell für etwa 1.000 Studenten in der Stadt. Um Schwerin jedoch über die Stadtgrenzen hinaus als Hochschulstandort bekannt zu machen, bräuchte es eine öffentliche Universität oder Fachhochschule. Damit dies gelingt, sind dicke Bretter zu bohren. Zum einen muss das Gespräch mit bestehenden Hochschulen geführt werden, um auszuloten, ob etwa ein Außenstandort mit bestimmten Studiengängen in Schwerin gegründet werden könnte. Zum anderen muss auf Landesebene dafür geworben werden, die 30 Jahre alte Position, dass Schwerin schon Landeshauptstadt sei und damit keine Ansprüche Hochschulstandort sein zu wollen stellen dürfe, zu überwinden.

Die Vorteile liegen auf der Hand. Positive wirtschaftliche Effekte ergeben sich zum Beispiel aus dem Bau, der Erhaltung und dem laufenden Betrieb einer solchen Einrichtung, aus der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und der direkten Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Studierende fragen Wohnraum nach, kaufen ein, gehen ins Theater, nutzen den Nahverkehr oder werden Mitglied in den zahlreichen Vereinen. Eine Hochschule ist also ein positiver Standortfaktor mit erheblichem Potential für die regionale Wirtschaft. Jetzt müsse es zügig an die Arbeit gehen, wenn das Vorhaben schon in den nächsten Jahren Gestalt annehmen soll.

Denn bis zur Jahresmitte 2019 müssten die bestehenden Hochschulen gegenüber dem Land ihre Planungen abgeben. Diese seien dann die Grundlage für die Erarbeitung der Eckwerte der Hochschulentwicklung, welche dem Landtag im ersten Quartal 2020 vorzulegen sind, so Fraktionschef Henning Foerster in der Debatte.

Satzungen zum Thema Schule geändert

Als einzige Fraktion hatte die Linksfraktion Änderungsanträge zu den vorgelegten Satzungsentwürfen zu Einzugsbereichen und Schülerbeförderung eingebracht. Dabei ging es uns insbesondere um die Halbierung der Mindestentfernung bei der Schülerbeförderung, damit mehr Eltern und Kinder von dieser profitieren können. Daneben soll die örtlich zuständige Schule, für die sich Eltern oder Kinder einmal entschieden haben, zuständig bleiben, bis das Kind mit dem Abschluss die Schule verlässt, erläutert Stefan Schmidt in der Aussprache vor der Stadtvertretung.

Die Stadtvertretung folgte mehrheitlich allen Änderungsanträgen und beschloss die Satzungen anschließend.

Refill Initiative und Reduzierung von Plastikmüll

Irina Micheilis begrüßte das Anliegen, Mehrwegbecher in heißen Sommermonaten mit Leitungswasser auffüllen zu dürfen grundsätzlich.

Wenn jenseits von Trinkbrunnen jedoch auch Betreiber von Cafes, Restaurants und Gaststätten in ein solches Vorhaben eingebunden werden sollten, müsse man vorher zumindest einmal mit diesen geredet haben. Folgerichtig überwies sie den Antrag in die Fachausschüsse.

Darüber hinaus hat die Linksfraktion einen Antrag eingebracht,

der auf die Optimierung der derzeitigen Regelungen bei Veranstaltungen in Sachen Plastikgeschirr und Plastikbesteck abzielt. Die Verwaltung wird dieses Anliegen jetzt noch einmal prüfen und bewerten, mit einem Ergebnis ist im Januar 2019 zu rechnen.

Chancen für Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen nutzen

Seit Jahren engagiert sich die Linksfraktion für diejenigen, die bislang gar nicht oder zuwenig von der Arbeitsmarktentwicklung profitieren. Mit der Änderung des SGB II durch das so genannte Teilhabechancengesetz werden neue Regelinstrumente zur Integration von Langzeitarbeitslosen geschaffen. Diese sollen die Landeshauptstadt Schwerin in der Kernverwaltung selbst, aber auch die städtischen Unternehmen nutzen.

Darüber hinaus wäre es sinnvoll mit anerkannten Trägern zu sprechen, die in der Lage wären, zum Beispiel in den südlichen Stadtbezirken oder in Lankow wohnortnahe und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Damit diese sich am Programm beteiligen können, müssten im Stadthaushalt Kofinanzierungsmittel für die Zeit nach der zweijährigen 100 Prozent Finanzierung bereitgestellt werden.

Zudem könnte das Landesprogramm Bürgerarbeit dazu genutzt werden, den Eigenanteil für interessierte Träger zu reduzieren, so Henning Foerster an die Adresse von SPD Sozialdezernent Andreas Ruhl.

Finanzierungsvereinbarung zur Kinder- und Jugendarbeit unterschrieben

Seit 20 Jahren liege der Landeszuschuss für die Kinder- und Jugendarbeit bei 5,11 Euro pro 10-26-jährigem Einwohner, sagte Wolfgang Block in der Debatte und erinnerte in diesem Zusammenhang den SPD Oberbürgermeister noch einmal an den Auftrag der Stadtvertretung, Gespräche mit dem Sozialministerium zu führen.

Die Stadt nehme trotz schwieriger Haushaltslage das ziffache an Geld in die Hand, um ein halbwegs angemessenes Angebot für Kinder und Jugendliche vorzuhalten.

Straßenmusik künftig nur noch zur geraden Stunde

Die Linksfraktion hat sich stets zur Straßenmusik bekannt. Es müsse aber einen fairen Ausgleich der Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern, Gewerbetreibenden, Touristen und Musikern geben. Darüber hinaus müssten zu treffende Regelungen vom kommunalen Ordnungsdienst auch durchsetzbar sein.

Daher wird nun die Straßen- und Grünflächensatzung dahingehend geändert, dass nur noch zu geraden Stunden gespielt werden darf. In ungeraden Stunden ist zukünftig Pause.

Linksfraktion wünscht Frohe Weihnachten und Guten Rutsch

Dies war der letzte Rathausreport für das Jahr 2018. Wir bedanken uns bei allen, die diesen Report schreiben, drucken und verteilen und natürlich vor allem bei unseren Leserinnen und Lesern.

Bleiben Sie uns gewogen und geben Sie das Blatt auch gern an Interessierte in der Familie, im Bekannten- und Freundeskreis weiter. Wir wünschen Ihnen Frohe Weihnachten und einen Guten Rutsch ins Neue Jahr. Bleiben Sie vor allem gesund!